



◀ David Byrne,
Kommissar für
Gesundheit und
Verbraucherschutz

Leitartikel

Wir alle wissen, dass Rauchen tödlich sein kann. Dennoch werden in diesem Jahr, wie in jedem Jahr, Hunderttausende Europäer diese tödliche und abhängig machende Gewohnheit aufnehmen. Die meisten von ihnen werden junge Menschen im Alter von 12 bis 18 Jahren ein. Einmal abhängig vom Nikotin, haben diese Menschen keine echte Wahl mehr. Sie kommen nicht mehr los vom Rauchen.

Die EU-Kampagne „Feel free to say no“ sollte junge Menschen stark machen. Sie sollte den Jugendlichen zeigen, dass sie kein Opfer der Tabakindustrie werden müssen. Die Botschaft „Be cool, don't smoke“ wurde von Popstars und Fußballspielern aus ganz Europa weitergegeben.

Doch nicht nur junge Menschen müssen angesprochen werden. Langfristig werden Kampagnen wie „Feel free to say no“ nur dann wirksam sein, wenn sie Teil breit angelegter Bemühungen sind, das Rauchen in der ganzen Gesellschaft zu ächten. Der Bereich, in dem möglicherweise noch die größten Fortschritte zu machen sind, ist die Verdrängung des Rauchens aus der Öffentlichkeit unserer Gesellschaft und somit die Verringerung seiner sozialen Akzeptanz. Eine der besten Methoden ist hier das Verbot des Rauchens am Arbeitsplatz.

Irland und Norwegen haben nationale Rechtsvorschriften eingeführt, mit denen alle Arbeitsplätze rauchfrei gemacht werden, und Schweden bereitet eine ähnliche Rechtsvorschrift vor. Die Europäische Kommission hat seit dem 1. Mai diesen Jahres Rauchfreiheit in allen ihren Gebäuden eingeführt. Die UEFA hat einen symbolischen rauchfreien Tag bei der EURO 2004 veranstaltet. Ich rufe alle Regierungen in der EU auf, diesen hervorragenden Beispielen zu folgen.

Die Zukunft Europas muss rauchfrei sein!

IN DIESER AUSGABE

Fußballer bei der EURO 2004 sagen Nein zum Rauchen	1
EU arbeitet an der Eindämmung durch Umweltverschmutzung bedingter Krankheiten	2
Mit Haustieren in den Urlaub	2-3
EU verbietet aggressives Marketing	3
Schleppen Sie keine ansteckenden Tierseuchen in die Europäische Union ein!	4

Fußballer bei der EURO 2004 sagen Nein zum Rauchen

Die UEFA und die Europäische Kommission erklärten den 13. Juni zum symbolischen rauchfreien Tag der EURO 2004, der Fußball-Europameisterschaft in Portugal

Das Spiel England gegen Frankreich war nicht nur ein äußerst spannendes, sondern auch ein rauchfreies Match. Die Fans im Luz-Stadion von Lissabon verfolgten das Spiel, ohne passiv mitrauchen zu müssen, und sahen die neuesten Fernsehspots der Anti-Rauch-Kampagne „Feel free to say no“ der Europäischen Union. Die UEFA und die Europäische Kommission wählten dieses Spiel für einen symbolischen rauchfreien Tag bei der EURO 2004. Die Initiative stützt sich auf das Kooperationsabkommen, das UEFA-Präsident Lennart Johansson und Kommissar David Byrne kurz vor dem Beginn der WM 2002 unterzeichnet hatten.



© Media Consulta

Foto: Kommissar David Byrne mit Schulkindern in Paris beim Start der Anti-Rauch-Kampagne „Feel free to say no“ der Europäischen Union

Fußballer dienen Teenagern in ganz Europa als Vorbild. Engagement, Leistungsbereitschaft und Können der Spieler sind positive Eigenschaften, mit denen sich junge Menschen identifizieren. Daher ist es nicht das erste Mal, dass die EU gemeinsam mit der UEFA den Zigaretten den Kampf ansagt. Die EU und die UEFA starteten die Kampagne „Feel free to say no“ im Vorfeld der WM 2002 in Korea und Japan mit TV-Spots, in denen europäische Fußballstars wie Zinedine Zidane gezeigt wurden.

„Wir alle wissen, dass Rauchen tödlich sein kann. Die Vermittlung dieser Botschaft, insbesondere an junge Menschen, ist eine große und schwere Herausforderung,“ sagte Kommissar Byrne.

Die entscheidende Phase, in der das Rauchen entweder zur Gewohnheit oder endgültig abgelehnt wird, ist die Altersspanne von 12 bis 18 Jahren. Acht von zehn Rauchern haben in diesem Alter angefangen. Einer von zwei jugendlichen Rauchern wird später an den Folgen des Rauchens sterben.

http://europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/Tobacco/ev_20040613_en.htm

■ Neue Krankenversicherungskarte erleichtert Patienten das Leben auf Auslandsreisen

Am 1. Juni 2004 hat die Europäische Union die Europäische Krankenversicherungskarte eingeführt, mit der die Bürger ganz unkompliziert medizinische Versorgung in Anspruch nehmen können, wenn sie in andere EU-Länder reisen.

Die neue Karte wird den bisherigen Vordruck E 111 ersetzen, den Reisende als Nachweis ihrer Zugehörigkeit zu einer Krankenversicherung im Heimatland bei ihrer örtlichen Krankenkasse beantragen mussten, bevor sie in ein anderes EU-Land reisten.

In einer Erklärung der Europäischen Kommission heißt es: „Mit der Karte sollen die Verfahren für den Zugang zu den Gesundheitssystemen der anderen Mitgliedstaaten vereinfacht werden. Wenn sich z. B. ein britischer Urlauber in Frankreich ein Bein bricht, kann er auf Vorlage der Krankenversicherungskarte behandelt werden.“

Die Karte wird die Kostenerstattung durch die Sozialversicherung des Patienten nach der Behandlung in einem anderen Land beschleunigen und die Bürokratie verringern. Es ist nicht mehr notwendig, für jede Auslandsreise einen Vordruck auszufüllen.

Die Karte gilt nur für unverzichtbare Behandlungen, wie die Behandlung eines gebrochenen Beins, eines ausgefallenen Zahns, einer Viruserkrankung oder Leistungen bei chronischen Erkrankungen wie Diabetes. Sie gilt jedoch nicht für Personen, die auf eigene Initiative in einen anderen Mitgliedstaat reisen, um sich dort medizinisch behandeln zu lassen.

Alle Bürger, die bei einem Sozialversicherungssystem eines Mitgliedstaats versichert sind und in diesem Mitgliedstaat Anspruch auf Behandlung haben, erhalten eine solche Karte. Langfristig möchte die Kommission die Karte mit einem elektronischen Chip versehen lassen, der den Austausch von Informationen zwischen den Mitgliedstaaten erleichtert und das Risiko von Irrtümern, Betrug und Missbrauch verringert.

Die Karte wird bis Ende nächsten Jahres in allen EU Mitgliedstaaten verfügbar sein.

Belgien, Frankreich, Luxemburg, Spanien, Deutschland, Griechenland, Irland, Schweden, Dänemark, Finnland, Norwegen, Estland und Slowenien haben die Karte am 1. Juni 2004 eingeführt, wengleich die Karte in einigen dieser Länder schrittweise ausgegeben wird.

Weitere Informationen:
http://europa.eu.int/comm/employment_social/healthcard/index_en.htm

⇒ Neues in Kürze: Öffentliche Gesundheit

17.-18. Juni – Konferenz zum Thema „Tobacco Control“, Limerick.

14. Juni – Vierte europäische Konferenz über Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz zum Thema „Driving Public Health in Europe – The role of Workplace Health Promotion“, Dublin.

27. Mai – Öffentliche Konferenz der European Federation of Pharmaceutical Industries (EFPIA), Dublin.

EU arbeitet an der Eindämmung durch Umweltverschmutzung bedingter Krankheiten

Am 9. Juni verabschiedete die Europäische Kommission ihren Aktionsplan Umwelt und Gesundheit 2004-2010, mit dem die Gesundheitsrisiken der Schädigung der Umwelt genauer untersucht und entsprechend angegangen werden sollen

Nach neuesten Schätzungen sind zwischen 25 und 33 % aller Erkrankungen weltweit auf Umweltfaktoren zurückzuführen. Die Europäische Umweltagentur (EUA) geht davon aus, dass in europäischen Großstädten pro Jahr 60.000 Todesfälle durch Langzeitexposition gegenüber verschmutzter Luft bedingt sind. In Europa haben Asthma und Allergien in den letzten fünfzig Jahren dramatisch zugenommen, was eng mit der Luftverschmutzung zusammenhängen könnte. Besonders betroffen sind Kinder. Nach Schätzungen der WHO ist ein Sechstel der Todes- und Krankheitsfälle bei Kindern auf Umweltverschmutzung zurückzuführen.

Die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen sind Teil der Europäischen Strategie für Umwelt und Gesundheit, auch „SCALE-Initiative“ genannt (Science, Children, Awareness, Legal instrument, Evaluation), und betreffen Forschungstätigkeiten zu Themen wie Asthma/Allergien, Störungen der neurologischen Entwicklung, Krebs, Störungen des Hormonsystems. Im Zentrum der Strategie steht die Verbesserung des Kenntnisstandes über den Zusammenhang zwischen Umwelt und Gesundheit sowie vorbereitende Maßnahmen für neue politische Initiativen zur Milderung der gesundheitlichen Folgen der Umweltverschmutzung.



© Europäische Gemeinschaft, 2004

Der Aktionsplan ist auch der wichtigste Beitrag der Kommission zur vierten ministeriellen Konferenz Umwelt und Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die vom 23.–25. Juni 2004 in Budapest stattfand. Unter dem Motto „Die Zukunft für unsere Kinder“ beschäftigte sich die Konferenz hauptsächlich mit Kindern.

„Der Schutz der Gesundheit unserer Kinder gegen eine sich verschlechternde Umwelt genießt langfristige Priorität. Die neue Kommission wird weiterhin eine Führungsrolle in diesem Bereich übernehmen, gemeinsam mit der WHO“, sagte Kommissar Pavel Telicka auf der Konferenz in Budapest.

Weitere Informationen : http://europa.eu.int/comm/environment/health/index_en.htm

Mit Haustieren in den Urlaub

Haustierbesitzer dürfen ihre Katzen, Hunde und Frettchen diesen Sommer mit auf Auslandsreisen nehmen

Seit dem 3. Juli 2004 können Haustierbesitzer innerhalb der EU nach vereinfachten Bestimmungen mit ihren Lieblingstieren verreisen. Nach den neuen Vorschriften gelten für die meisten EU-Länder lediglich die Impfung gegen Tollwut und die Vorlage des neu eingeführten Tierausweises mit den neuesten Einträgen über die Impfung als Voraussetzung.

Da jedoch viele Mitgliedstaaten die Ausweise nicht rechtzeitig fertig gestellt und verteilt hatten, hat die Europäische Kommission die Frist für diese Länder bis zum 1. Oktober 2004 verlängert. Bis dahin können die Haustierbesitzer statt dem Tierausweis auch die bisherigen nationalen Gesundheitszeugnisse ihrer Tierärzte vorlegen.

„Die Kommission bietet diese Kompromisslösung an, um Schwierigkeiten in den reiseintensiven Sommermonaten zu vermeiden und um sicherzustellen, dass Tierhalter nicht darunter leiden müssen, dass ihre nationalen Behörden die gemeinsam vereinbarten Rechtsvorschriften nicht rechtzeitig umgesetzt haben“, sagte Kommissar Byrne.

Für Irland, Schweden und das Vereinigte Königreich gelten strengere Vorschriften, nach denen die Haustiere geimpft und anschließend getestet werden müssen, um die Wirksamkeit der Impfung zu prüfen (sechs Monate vor Reiseantritt für das Vereinigte Königreich und Irland und vier Monate nach der Impfung für Schweden).

Der Tierausweis wird fast ausschließlich für die Verbringung von Haustieren zwischen EU-Mitgliedstaaten verwendet. Er kann auch benutzt werden für Reisen in oder aus den Nachbarländern, in denen die Tollwutsituation die gleiche ist wie in der EU. Dies gilt für Andorra, Island, Liechtenstein, Monaco, Norwegen, San Marino, die Schweiz und den Vatikanstaat.

Weitere Informationen über den Tierausweis und Bestimmungen für Nicht-EU-Länder : http://europa.eu.int/comm/food/animal/liveanimals/pets/index_de.htm

EU verbietet aggressives Marketing

EU-Minister erreichten am 18. Mai politische Einigung über ein Verbot irreführender Werbung und aggressiver Verkaufspraktiken

Die im letzten Jahr von der Kommission vorgeschlagene Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken soll die Rechte der Verbraucher klarer fassen und den grenzüberschreitenden Handel durch gemeinsame EU-weit geltende Regeln gegen aggressive oder irreführende Geschäftspraktiken gegenüber Verbrauchern vereinfachen.

Damit haben die Verbraucher überall – ob beim Einkauf im Laden um die Ecke oder auf einer Website aus einem anderen Mitgliedstaat – denselben Schutz gegen betrügerische Geschäftspraktiken und unseriöse Geschäftemacher.

„Unlautere Geschäftspraktiken schaden einerseits den Verbrauchern und andererseits den seriösen Unternehmen, die mit anerkannten Geschäftspraktiken arbeiten. Sie untergraben auch das Vertrauen in die Märkte. Der Vorschlag soll diese Praktiken mit einfacheren und wirksameren Mitteln bekämpfen“, sagte Kommissar Byrne.

Die Behauptung, zu den Unterzeichnern eines Verhaltenskodex zu gehören, wenn dies eindeutig nicht der Fall ist, wird ebenso verboten wie „Lockangebote“, also die Anpreisung eines Produkts als Sonderangebot ohne oder mit nur minimalem Lagerbestand.

Die Richtlinie verbietet auch persönliche Besuche in der Wohnung des Verbrauchers unter Nichtbeachtung der Aufforderung durch den Verbraucher, die Wohnung zu verlassen oder nicht wieder zu kommen

Die Verbraucher werden die Vorteile des Binnenmarktes nur nutzen, wenn sie vom Schutz ihrer Rechte überzeugt sind. Verschiedene europaweite Umfragen belegen, dass unlautere Geschäftspraktiken das Vertrauen der Verbraucher untergraben, wenn sie nicht mit wirksamen Verbraucherschutzmaßnahmen angegangen werden.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/consumers/cons_int/safe_shop/fair_bus_pract/index_de.htm



© Eureka Slide

■ Aufbau des Gesundheitswesens in Europa

Bei der Eröffnung des ersten Offenen Gesundheitsforums der Kommission am 17. Mai in Brüssel sagte Kommissar Byrne, er erhoffe sich einen echten Fortschritt auf dem Weg zu seinem Ziel, Experten für öffentliche Gesundheit und wichtige Handlungsträger im Gesundheitswesen effektiv in den Entscheidungsprozess der EU einzubinden.

„Als ich im Mai 2000 unsere EU-Gesundheitsstrategie auf den Weg brachte, nannte ich die Einbindung von Gesundheitsfragen in alle Politikbereiche der EU als eines unserer wichtigsten Ziele. Was ich erreichen wollte, war eine stärkere Öffnung der Kommission für die Gesundheitspolitik.“

Unter dem Thema „Gesundheit in einem erweiterten Europa“ zog die Gesundheitskonferenz etwa 300 Teilnehmer aus einem breiten Spektrum von Organisationen an.

Nach Einschätzung von Nata Menabde, Direktorin beim WHO-Regionalbüro Europa, wird sich die EU-Erweiterung voraussichtlich durch eine offenere Volkswirtschaft, neue Rahmenvorschriften, direkte Zuschüsse für die neuen Mitgliedstaaten und ein stabileres soziales Umfeld auf das Gesundheitswesen dieser Länder auswirken.

Professor Felix Unger, Präsident der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste, Österreich, hob hervor, dass die Verbesserung der Gesundheitssituation eine Erhöhung des Humankapitals als Quelle des Wohlstands nach sich ziehen wird. „Wirksame Gesundheitsfürsorge ist daher ein entscheidender Faktor für die Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität und des wirtschaftlichen Wachstums“, sagte er. Professor Unger wies darauf hin, dass der Gesundheitssektor mit 25 % des BSP der größte Arbeitgeber in der EU ist.

Kommissar Pavel Telicka sagte zum Abschluss der Konferenz: „Wenn wir ein Europa mit gleicher Gesundheitsfürsorge für alle schaffen möchten, wird die Überwindung des Gesundheitsgefälles zwischen den Mitgliedstaaten eine der größten Herausforderungen sein, der sich die europäische Gesundheitspolitik in den kommenden Jahren stellen muss.“

Weitere Informationen: http://europa.eu.int/comm/health/ph_overview/health_forum/open_forum_en.htm

⇒ Neues in Kürze: Verbraucherfragen

24. Juni – Der europäische Verbraucherverband (BEUC), die europäische Repräsentation des Einzel-, Groß- und Außenhandels bei der EU „EuroCommerce“, das „product safety enforcement authorities’ forum“ (PROSAFE) und der Europäische Arbeitgeberverband (UNICE) geben den Leitfaden „Produktsicherheit in Europa: Ein Leitfaden für Korrekturmaßnahmen einschließlich Rückrufen“ heraus.

28. Mai – Hauptversammlung des europäischen Verbraucherverbands (BEUC), Brüssel.

■ Übergewicht nicht leicht nehmen

Fettleibigkeit kann für das 21. Jahrhundert bedeuten, was das Rauchen für das 20. Jahrhundert war – warnt Kommissar Byrne, der die globale Strategie der Weltgesundheitsorganisation für bessere Ernährung, Bewegung und Gesundheit begrüßte.

Am 22. Mai verabschiedeten in Genf Minister aus aller Welt eine gemeinsame Strategie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der UNO gegen Fettleibigkeit.

„Die Strategie der WHO/FAO ist eine Mobilmachung. Die ungesunde und einseitige Ernährungsweise und der passive Lebensstil sind eine tickende Zeitbombe. Wenn wir nichts tun, wird die zunehmende Fettleibigkeit die Lebenserwartung verkürzen und die öffentlichen Kassen leeren,“ sagte David Byrne.

Nach Schätzungen der International Obesity Task Force werden zwischen 2 % und 8 % der Gesundheitskosten in entwickelten Ländern durch Fettleibigkeit verursacht.

„20-30 % der Europäer sind übergewichtig oder fettleibig. Wenn dieser Trend anhält, werden bald die meisten Europäer als übergewichtig eingestuft werden müssen“, so Kommissar Byrne.

Die Kommission hat ein europaweites Netz von Fachleuten für Ernährung und körperliche Betätigung aufgebaut, um unter anderem vorbildliche Verfahren zur Vorbeugung von Übergewicht zu ermitteln.

Die Europäische Kommission hat auch neue Rechtsvorschriften über gesundheits- und nährwertbezogene Aussagen bei Lebensmitteln vorgeschlagen, damit die Verbraucher bewusst gesunde Lebensmittel auswählen können.

Nach Schätzungen der WHO hat sich die Übergewichtigkeit zu einer globalen Volkskrankheit mit mehr als einer Milliarde betroffenen Erwachsenen ausgeweitet, von denen mindestens 300 Millionen krankhaft fettleibig sind. Damit ist die Fettleibigkeit ein wichtiger Faktor, der zur weltweiten Belastung durch chronische Krankheiten und Behinderungen beiträgt.

Ein vermehrter Konsum energiereicher, nährstoffarmer Lebensmittel mit hohem Gehalt an Zucker und gesättigten Fetten, in Kombination mit verminderter körperlicher Betätigung, hat seit 1980 zu einer Verdreifachung der Fettleibigkeit in einigen Gebieten Nordamerikas, des Vereinigten Königreichs, Osteuropas, des Nahen Ostens, der Pazifikinseln, Australiens und Ozeaniens sowie Chinas geführt.

Weitere Informationen:
http://europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/nutrition/nutrition_de.htm

⇒ Neues in Kürze: Lebensmittelsicherheit

21. Juni – EU unterzeichnet Europarats-Übereinkommen über den Tierschutz beim internationalen Transport.

17. Juni – Mitgliedstaaten stimmen einem Vorschlag der Kommission zur Überarbeitung der Bestimmungen für die Tilgung von BSE zu.

Schleppen Sie keine ansteckenden Tierseuchen in die Europäische Union ein!

Seit dem 1. Mai 2004 gelten neue Vorschriften, die alle persönlichen Einfuhren von Fleisch und Milch in die EU dauerhaft verbieten

Der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in der EU im Jahr 2001 hat verdeutlicht, welche Gefahr derartige exotische Seuchen für den gemeinschaftlichen Tierbestand darstellen.

Die Erreger von Maul- und Klauenseuche, klassischer Schweinepest und anderen gefährlichen Tierseuchen können in Fleisch, Milch und daraus hergestellten Produkten auftreten, die aus einem Drittland eingeführt werden, in dem ein Erreger zirkuliert. Selbst kleine Mengen, die in Postpaketen oder Reisegepäck von außerhalb der EU eingeführt werden, können die gefährlichen Erreger enthalten, die verheerende Seuchenausbrüche auslösen können.

Die Europäische Kommission hat daher jegliche persönliche Einfuhr von Fleisch, Fleischerzeugnissen (wie Wurst und Schinken), Milch und Milcherzeugnissen (wie Käse und Butter) in die EU verboten, auch in Paketsendungen an Privatpersonen, solange diese nicht eigens genehmigt und für die Einfuhr in die EU zertifiziert sind.

Vorschriften zum Verbot persönlicher Importe gelten bereits seit Januar 2003, waren jedoch zeitlich begrenzt und nicht umfassend. Die neuen Vorschriften bedeuten ein vollständiges und dauerhaftes Verbot.

Reisende dürfen jedoch in begrenzten Mengen Säuglingsnahrung oder aus medizinischen Gründen erforderliche Spezialnahrung aus allen Drittländern einführen, unter der Voraussetzung, dass :

- diese Erzeugnisse vor dem Öffnen nicht gekühlt werden müssen;
- es sich um verpackte Markenprodukte zum direkten Verkauf an den Endverbraucher handelt;
- die Packung nicht geöffnet ist außer für den laufenden Gebrauch.



Die Einfuhr anderer persönlicher Bedarfsmengen von Fleisch und Milch ist nur dann erlaubt, wenn die Waren bei der Ankunft deklariert werden und die erforderliche amtliche Veterinärzertifizierung vorgelegt wird (genau wie bei kommerziellen Importen). Die Vorschriften gelten für Reisende, die aus anderen als den folgenden Ländern in die EU einreisen: Andorra, Färöer Inseln, Grönland, Island, Liechtenstein, San Marino und Schweiz.

Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, mit Fluggesellschaften und anderen Verkehrsunternehmen bemüht sich die Kommission um die Sensibilisierung der Bürger für diese Vorschriften. Die Kommission hat Poster in 34 Sprachen gedruckt, die an allen Zugangspunkten zur EU aufgehängt werden und ausführliche Informationen zu den verbotenen Produkten enthalten.

Weitere Informationen: http://europa.eu.int/comm/food/animal/animalproducts/index_de.htm

Consumer Voice, Ausgabe Juni 2004
Die in Consumer Voice vertretenen Meinungen geben nicht notwendigerweise die Standpunkte der Europäischen Kommission wieder. Die Wiedergabe von Beiträgen ist – ausgenommen zu gewerblichen Zwecken – unter Angabe der Quelle gestattet.
E-Mail: sanco-newsletter@cec.eu.int

Koordination: Marie-Paule Benassi; Redaktion: Iwona Pajak, Ben Duncan, Terese Van oel in Zusammenarbeit mit der GD Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission.
Layout: Deborah MacRate-Ockerman
Website: http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/index_de.htm